

Protokoll 98. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 12. Juni 2024, 17.00 Uhr bis 22.47 Uhr, im Rathaus Hard
in Zürich-Aussersihl

Vorsitz: Präsident Guy Krayenbühl (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretariat Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Anwesend: 114 Mitglieder

Abwesend: Florine Angele (GLP), Nadina Diday (SP), Sandra Gallizzi (EVP), Isabel Garcia (FDP), Anthony Goldstein (FDP), Martin Götzl (SVP), Christina Horisberger (SP), Dr. Frank Rühli (FDP), Jehuda Spielman (FDP), Stefan Urech (SVP), Selina Walgiz (Grüne)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|-----------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2024/238 * | Weisung vom 29.05.2024:
Motion von Marco Denoth und Brigitte Fürer betreffend Anpassung der Zonierung und der entsprechenden Bestimmungen für das Geviert Eidmatt-, Neptun-, Hegibach- und Streulistrasse unter Berücksichtigung der Interessen des Bundesinventars der schützenswerten Ortsbilder Schweiz von nationaler Bedeutung (ISOS) und den Auflagen des Entscheids des Verwaltungsgerichts, Bericht und Abschreibung | VHB |
| 3. | 2024/255 * | Weisung vom 05.06.2024:
Finanzverwaltung, Tertialbericht I/2024 der Organisationseinheiten mit Globalbudget | STR |
| 4. | 2024/240 *
E | Postulat der SP-, Grüne-, GLP- und Die Mitte/EVP-Fraktion vom 29.05.2024:
Adäquate Erschliessung des Quartiers Affoltern bis zur Inbetriebnahme des Trams sowie Berichterstattung an den Gemeinderat | VIB |
| 5. | 2024/242 *
E | Postulat von Reis Luzhnica (SP), Fanny de Weck (SP) und Severin Meier (SP) vom 29.05.2024:
Erweiterung der Aussenbestuhlung für Gastrobetriebe auf Parkplatzflächen direkt vor den Betrieben | VTE |

6.	2024/245	* E	Postulat von Jehuda Spielman (FDP), Dr. Roland Hohmann (Grüne) und Beat Oberholzer (GLP) vom 29.05.2024: Bautätigkeiten auf den Grundstücken der SZU, Errichtung einer Verbindung für zu Fuss Gehende und Velofahrende zwischen der Uetlibergstrasse und der Bubenbergstrasse oder dem Wolframplatz mittels Brücke oder Unterführung	VTE
7.	2024/248	* E	Postulat von Tanja Maag (AL) und Andreas Kirstein (AL) vom 29.05.2024: Fachstelle Gemeinnütziges Wohnen, kritische Prüfung und aktivere Beratungstätigkeit betreffend die Mietzinsentwicklungen gemeinnütziger Wohnbauträgerschaften	FV
8.	2024/52		Weisung vom 07.02.2024: Elektrizitätswerk, Rahmenkredit von 300 Millionen Franken für die Realisierung und den Erwerb von Energieerzeugungsanlagen, die erneuerbare Energie nutzen; Abschreibung eines Postulats und einer Motion	VIB
9.	2023/592		Weisung vom 20.12.2023: Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Luchswiesen, Erweiterung, neue einmalige Ausgaben	VHB VSS
10.	2024/244	E	Postulat von Dr. Tamara Bosshardt (SP) und Liv Mahrer (SP) vom 29.05.2024: Schulanlage Luchswiesen, Verschiebung der oberirdisch geplanten Parkplätze der Aussenparkierungsanlage in die städtischen Tiefgaragen an den Standorten Schulanlage Stettbach und Schulanlage Hirzenbach	VHB
11.	2024/268	E	Postulat von Urs Riklin (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) vom 05.06.2024: Schul- und Sportanlage Luchswiesen, Einrichtung einer attraktiven Veloinfrastruktur	VHB
12.	2024/23		Weisung vom 24.01.2024: Immobilien Stadt Zürich und Liegenschaften Stadt Zürich, Liegenschaft Krähbühlstrasse 58, Instandsetzung, Investition ins Finanzvermögen, Umbau für Schule und Musikschule Konservatorium Zürich, Erstellung temporäre Sporthalle auf der Hochschulsportanlage Fluntern, neue einmalige Ausgaben	VHB VSS
13.	2023/531	A	Motion der Grüne-Fraktion vom 15.11.2023: Liegenschaft an der Krähbühlstrasse 58, Umnutzung als gemeinnützigen Wohnraum	VHB
14.	2024/35		Weisung vom 31.01.2024: Immobilien Stadt Zürich, Dolder Bad, Instandsetzung, neue einmalige Netto-Ausgaben, Abschreibung von Postulaten	VHB VSS

15.	2024/122	E/A	Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Christina Horisberger (SP) vom 20.03.2024: Einrichtung von attraktiven und sicheren Fusswegen von den ÖV-Haltestellen zum Dolder-Bad	VTE
16.	2024/124	E/A	Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) vom 20.03.2024: Förderung der Fahrradnutzung für die Anreise zum Dolder-Bad	VTE
17.	2024/36		Weisung vom 31.01.2024: Immobilien Stadt Zürich, Neubau Schulanlage Tüffenwies, neue einmalige Ausgaben	VHB VSS
18.	2024/158	E/A	Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) vom 10.04.2024: Schulanlage Tüffenwies, Ausrüstung der Veloabstellplätze mit einem Witterungsschutz	VHB
19.	2024/183	E/A	Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Sophie Blaser (AL) vom 17.04.2024: Schaffung einer Bibliothek/Mediothek in der Schule Tüffenwies	VSS
20.	2024/241	E	Postulat von Liv Mahrer (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Christine Huber (GLP) und 5 Mitunterzeichnenden vom 29.05.2024: Schulanlage Tüffenwies, Bau der Rampen mit einer Steigung von maximal 4 Prozent	VHB
21.	2024/243	E	Postulat von Liv Mahrer (SP) und Dr. Tamara Bosshardt (SP) vom 29.05.2024: Schulanlage Tüffenwies, Verschiebung der 13 oberirdisch geplanten Parkplätze der Aussenparkierungsanlage auf dem Basketballfeld/Pausenplatz auf die von der IMMO bewirtschafteten Aussenparkplätze am Grünauring	VHB
22.	2023/502		Weisung vom 01.11.2023: Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion betreffend Ergänzungsbericht für den Perimeter Ueberlandpark betreffend die sozialräumliche Entwicklung des Gebiets, Bericht und Abschreibung	STP
23.	2024/214	E/A	Dringliches Postulat von Liv Mahrer (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 15.05.2024: Massnahmen zur Unterstützung der Diversität und Vielfalt der Buchhandlungen in der Stadt Zürich	VSS
24.	2024/212	E/A	Dringliches Postulat der SP- und GLP-Fraktion vom 15.05.2024: Durchführung des Eurovision Song Contest (ESC) 2025 in Zürich	STP

25. 2024/213 E/A Dringliches Postulat der FDP- und Die Mitte/EVP-Fraktion vom 15.05.2024: STP
Durchführung des Eurovision Song Contest (ESC) 2025 in Zürich in Zusammenarbeit mit privaten Partnern

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

- 3314. 2023/465**
Postulat von Matthias Renggli (SP), Severin Meier (SP) und 4 Mitunterzeichnenden vom 27.09.2023:
Eröffnung der Primarschulen Guggach und Brunnenhof, Verbesserung der Verkehrs- und Schulwegsicherheit des Verkehrsknotens Hofwiesenstrasse/ Wehntalerstrasse

Matthias Renggli (SP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 19. Juni 2024 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

- 3315. 2024/266**
Postulat von Severin Meier (SP), Selina Walgis (Grüne), Tanja Maag (AL) und 16 Mitunterzeichnenden vom 05.06.2024:
Humanitäre Situation in Gaza, Beitrag an die «United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East» (UNRWA) oder eine andere internationale Organisation

Severin Meier (SP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 19. Juni 2024 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

- 3316. 2024/277**
Erklärung der SVP-Fraktion vom 12.06.2024:
Referendum gegen die Teilrevision der Verordnung über Abgangsleistungen für Behördenmitglieder sowie des Personalrechts

Namens der SVP-Fraktion verliest Samuel Balsiger (SVP) folgende Fraktionserklärung:

In Rekordzeit über 2'700 Unterschriften gesammelt:
SVP-Referendum gegen linke Politik zustande gekommen

Im März hat die Stadtzürcher Stimmbevölkerung deutlich entschieden: Ausser dem Stadtrat sollen Behördenmitglieder keine Abgangsentschädigungen mehr erhalten. Doch die linken Politiker im Gemeinderat weigern sich, den Volksentscheid umzusetzen und haben dort den Entscheid übersteuert. Deshalb hat die SVP das Referendum ergriffen. In weniger als vier Wochen hat die SVP über 2'700 Unterschriften gegen das demokratiefeindliche Treiben des Gemeinderates gesammelt.

Mit einer Reserve von über 700 Unterschriften kann bereits heute festgehalten werden: Das Referendum ist erfolgreich zustande gekommen. Die Stimmbevölkerung wird sich an der Urne nochmals äussern können, ob städtische Behördenmitglieder bei freiwilliger Kündigung hunderttausende Steuerfranken erhalten sollen oder nicht.

In der Vergangenheit erhielt zum Beispiel ein 56-jähriges Behördenmitglied bei der freiwilligen Kündigung über 680'000 Steuerfranken. Die erneute Abstimmung wird auch eine Entscheidung darüber sein, ob das demokratiefeindliche Treiben der linken Politiker im Volk getragen wird oder nicht. Die linken Gemeinderäte müssen sich unter anderem diesen Fragen stellen:

- Warum haben die linken Politiker die Umsetzungsvorlage zur SVP-Volksinitiative «Keine goldenen Fallschirme für Behördenmitglieder» vor der eigentlichen Volksabstimmung abgeschlossen? Dies ist einer Demokratie unwürdig.
- Warum weigern sich die linken Politiker, den deutlichen Volksentscheid vom März umzusetzen? Das Volk hat entschieden: Ausser dem Stadtrat sollen Behördenmitglieder keine Abgangsentschädigungen mehr erhalten.

Dass die Termine von Seiten der Stadtverwaltung so gesetzt wurden, dass die Sammelfrist gegen die Nicht-Umsetzung des Volksentscheides in die Sportferien und andere gesetzliche Feiertage fiel, konnte das Referendum nicht verhindern. In Rekordzeit hat die SVP die Unterschriften gesammelt. Das zeigt: Abgangsentschädigungen auf Kosten der Steuerzahler sind im Volk verpönt und das Unverständnis über das demokratiefeindliche Treiben der verantwortlichen Gemeinderäte ist gross.

Die SVP wird alles daransetzen, dass der Volkswille umgesetzt wird:
Keine Abgangsentschädigungen für Behördenmitglieder!

3317. 2024/278

Erklärung der AL-Fraktion vom 12.06.2024: Verwaltungsgerichtsurteil zur BZO-Teilrevision betreffend Anrechnung von Business-Apartments an den gesetzlichen Mindestwohnanteil in der Stadt Zürich

Namens der AL-Fraktion verliest Tanja Maag (AL) folgende Fraktionserklärung:

Zweitwohnungen: Die Zeit des Zauderns ist vorbei!

Mit einer Teilrevision der Bau- und Zonenordnung (BZO) hat der Gemeinderat 2021 beschlossen, dass befristet vermietete Zweitwohnungen nicht mehr dem Mindestwohnanteil angerechnet werden dürfen. Damit soll die gentrifizierende Wirkung von Airbnb- und Business-Apartments in unseren Wohnquartieren reduziert werden. Gegen den Beschluss ergriff ein Quartett von Zweitwohnungs-Anbietern Rekurs. Konkurrentinnen waren sich plötzlich einig, zugunsten des eigenen problematischen Geschäftsmodells gegen den Schutz der Wohnbevölkerung zu klagen. Nachdem das Baurekursgericht ihre Klage abgeschmettert hatte, weist nun auch das Verwaltungsgericht mit seinem Urteil vom 14. März 2024 die Beschwerde gegen die BZO-Teilrevision zurück und bestätigt, dass Business-Apartments in der Stadt Zürich nicht mehr dem gesetzlichen Mindestwohnanteil angerechnet werden dürfen. Die AL freut sich riesig über dieses Urteil, da es unsere langjährige Position klar bestätigt!

Während zehn Jahren hat Stadtrat André Odermatt die Umsetzung einer bereits 2010 überwiesenen AL-Motion für griffige Massnahmen gegen Zweitwohnungen schubladisiert und hintertrieben. Auch nach dem Gemeinderatsbeschluss haben er und die HBD-Verwaltung sich dagegen gesträubt, in dieser Sache vorwärtszumachen. Raumplanungs-Fachleute sind sich einig, dass die Bausektion ab der öffentlichen Planaufgabe im Juli 2020 eine negative Vorwirkung im Sinne von § 234 des Planungs- und Baugesetzes hätte geltend machen können. Wenn allerdings die zuständige Behörde sich konsequent weigert, den parlamentarischen Willen umzusetzen, wird es auch für die hartnäckigste aller Parteien in diesem Rat schwierig.

Damit muss nun Schluss sein! Nach doppelt gewonnener juristischer Schlacht ist Stadtrat André Odermatt dringend zu raten, in diesem Feld schleunigst aufzuräumen! Die Zeit des Zauderns ist vorbei, die des effizienten Regierens ist gekommen. Zweckentfremdeter Wohnraum muss jetzt so schnell wie möglich der Zür-

cher Wohnbevölkerung zurückgegeben werden. Die AL stuft die parlamentarische Aufsicht dieser Umsetzung um einiges wichtiger ein als jetzt in Zürich ein Luzerner Airbnb-Revival zu inszenieren. Die von der SP angekündigte Initiative, Business-Apartments nach dem Luzerner Modell zu verbieten, ist ein nettes Ablenkungsmanöver, um das langjährige Schweigen des eigenen Stadtrats in dieser Sache zu übertönen. Ausser einer weiteren juristischen Kontroverse mit absehbarem Scheitern wird dieser Vorstoss nicht viel bewirken. Die AL konzentriert sich deshalb darauf, dass keine Umnutzungen mehr bewilligt und dass die seit 2020 vorgenommenen Umnutzungen rückgängig gemacht werden. Damit Wohnquartiere endlich wieder problemlos diesen Namen tragen können.

G e s c h ä f t e

3318. 2024/238

Weisung vom 29.05.2024:

Motion von Marco Denoth und Brigitte Fürer betreffend Anpassung der Zonierung und der entsprechenden Bestimmungen für das Geviert Eidmatt-, Neptun-, Hegibach- und Streulistrasse unter Berücksichtigung der Interessen des Bundesinventars der schützenswerten Ortsbilder Schweiz von nationaler Bedeutung (ISOS) und den Auflagen des Entscheids des Verwaltungsgerichts, Bericht und Abschreibung

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 10. Juni 2024

3319. 2024/255

Weisung vom 05.06.2024:

Finanzverwaltung, Tertialbericht I/2024 der Organisationseinheiten mit Globalbudget

Zuweisung an die RPK gemäss Beschluss der Geschäftsleitung vom 10. Juni 2024

3320. 2024/240

Postulat der SP-, Grüne-, GLP- und Die Mitte/EVP-Fraktion vom 29.05.2024: Adäquate Erschliessung des Quartiers Affoltern bis zur Inbetriebnahme des Trams sowie Berichterstattung an den Gemeinderat

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Reto Brüesch (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3321. 2024/242

**Postulat von Reis Luzhnica (SP), Fanny de Weck (SP) und Severin Meier (SP) vom 29.05.2024:
Erweiterung der Aussenbestuhlung für Gastrobetriebe auf Parkplatzflächen direkt vor den Betrieben**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Reto Brüesch (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3322. 2024/245

**Postulat von Jehuda Spielman (FDP), Dr. Roland Hohmann (Grüne) und Beat Oberholzer (GLP) vom 29.05.2024:
Bautätigkeiten auf den Grundstücken der SZU, Errichtung einer Verbindung für zu Fuss Gehende und Velofahrende zwischen der Uetlibergstrasse und der Bubenbergstrasse oder dem Wolframplatz mittels Brücke oder Unterführung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Reto Brüesch (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3323. 2024/248

**Postulat von Tanja Maag (AL) und Andreas Kirstein (AL) vom 29.05.2024:
Fachstelle Gemeinnütziges Wohnen, kritische Prüfung und aktivere Beratungstätigkeit betreffend die Mietzinsentwicklungen gemeinnütziger Wohnbauträgerschaften**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Hans Dellenbach (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3324. 2024/52**Weisung vom 07.02.2024:****Elektrizitätswerk, Rahmenkredit von 300 Millionen Franken für die Realisierung und den Erwerb von Energieerzeugungsanlagen, die erneuerbare Energie nutzen; Abschreibung eines Postulats und einer Motion**

Antrag des Stadtrats

A. Zuhanden der Stimmberechtigten:

1. Für die Realisierung und den Erwerb von Energieerzeugungsanlagen, die erneuerbare Energie nutzen, für den Kauf oder die Erhöhung von Beteiligungen an Gesellschaften, die solche Energieerzeugungsanlagen halten, für die Gründung von Gesellschaften, die direkt oder indirekt solche Energieerzeugungsanlagen halten oder realisieren sowie für die Gewährung von Darlehen an solche Gesellschaften wird ein Rahmenkredit von 300 Millionen Franken bewilligt.

2. Über die Aufteilung des Rahmenkredits entscheidet der Stadtrat.

B. Unter Ausschluss des Referendums:

1. Die Motion, GR Nr. 2022/288, von Ronny Siev (GLP) und Jehuda Spielman (FDP) vom 29. Juni 2022 betreffend Rahmenkredit für eine gesteigerte Stromproduktion aus Wasserkraft durch das ewz wird als erledigt abgeschrieben.

2. Das Postulat, GR Nr. 1996/100, von André Odermatt (SP) und Niklaus Scherr (AL90) vom 27. März 1996 betreffend Pumpspeicherwerk Grimsel West, Verhinderung weiterer Planung wird als erledigt abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Dominik Waser (Grüne)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Schlussabstimmung über die Dispositivpunkte A1–A2

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zu den Dispositivpunkten A1–A2.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung der Dispositivpunkte A1–A2.

Mehrheit:	Referat: Dominik Waser (Grüne); Beat Oberholzer (GLP), Präsidium; Niyazi Erdem (SP), Benedikt Gerth (Die Mitte), Dr. Davy Graf (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Patrik Maillard (AL) i. V. von Andreas Kirstein (AL), Markus Merki (GLP), Ursina Merkle (SP), Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Patrick Tscherrig (SP), Sebastian Vogel (FDP)
Minderheit:	Referat: Johann Widmer (SVP), Vizepräsidium

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 2 Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt B1

Die SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt B1.

Zustimmung: Referat: Dominik Waser (Grüne); Beat Oberholzer (GLP), Präsidium; Johann Widmer (SVP), Vizepräsidium; Niyazi Erdem (SP), Benedikt Gerth (Die Mitte), Dr. Davy Graf (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Patrik Maillard (AL) i. V. von Andreas Kirstein (AL), Markus Merki (GLP), Ursina Merkler (SP), Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Patrick Tscherrig (SP), Sebastian Vogel (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK TED/DIB mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt B2

Die Mehrheit der SK TED/DIB beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt B2.

Die Minderheit der SK TED/DIB beantragt Ablehnung des Dispositivpunkts B2.

Mehrheit: Referat: Dominik Waser (Grüne); Beat Oberholzer (GLP), Präsidium; Johann Widmer (SVP), Vizepräsidium; Niyazi Erdem (SP), Benedikt Gerth (Die Mitte), Dr. Davy Graf (SP), Sibylle Kauer (Grüne), Markus Merki (GLP), Ursina Merkler (SP), Dr. Emanuel Tschannen (FDP), Patrick Tscherrig (SP), Sebastian Vogel (FDP)

Minderheit: Patrik Maillard (AL) i. V. von Andreas Kirstein (AL), Referat

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 8 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

A. Zuhanden der Stimmberechtigten:

1. Für die Realisierung und den Erwerb von Energieerzeugungsanlagen, die erneuerbare Energie nutzen, für den Kauf oder die Erhöhung von Beteiligungen an Gesellschaften, die solche Energieerzeugungsanlagen halten, für die Gründung von Gesellschaften, die direkt oder indirekt solche Energieerzeugungsanlagen halten oder realisieren sowie für die Gewährung von Darlehen an solche Gesellschaften wird ein Rahmenkredit von 300 Millionen Franken bewilligt.
2. Über die Aufteilung des Rahmenkredits entscheidet der Stadtrat.

B. Unter Ausschluss des Referendums:

1. Die Motion, GR Nr. 2022/288, von Ronny Siev (GLP) und Jehuda Spielman (FDP) vom 29. Juni 2022 betreffend Rahmenkredit für eine gesteigerte Stromproduktion aus Wasserkraft durch das ewz wird als erledigt abgeschrieben.
2. Das Postulat, GR Nr. 1996/100, von André Odermatt (SP) und Niklaus Scherr (AL90) vom 27. März 1996 betreffend Pumpspeicherwerk Grimsel West, Verhinderung weiterer Planung wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 19. Juni 2024 gemäss Art. 35 der Gemeindeordnung

3325. 2023/592**Weisung vom 20.12.2023:****Immobilien Stadt Zürich, Schulanlage Luchswiesen, Erweiterung, neue einmalige Ausgaben**

Antrag des Stadtrats

A. Zuhanden der Stimmberechtigten:

Für die Erweiterung der Schulanlage Luchswiesen werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 102 400 000.– bewilligt (Preisstand: 1. April 2023, Zürcher Index der Wohnbaupreise).

B. In eigener Befugnis:

Die Dispositivziffern 1 und 2 des Beschlusses Nr. 4310 des Gemeinderats vom 1. September 2021 (GR Nr. 2021/105) werden wie folgt geändert:

1. Für die Durchführung eines Projektwettbewerbs und die Ausarbeitung eines Bauprojekts für den Ersatzneubau der Wohnsiedlung Luchswiese, Quartier Hirzenbach, werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 4 271 000.– bewilligt.
2. Für die Erweiterung der Schulanlage Luchswiesen werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 10 551 000.– (Preisstand: 1. April 2020, Zürcher Index der Wohnbaupreise) wie folgt bewilligt:
 - a. Für die Durchführung eines Projektwettbewerbs und die Ausarbeitung eines Bauprojekts Fr. 5 429 000.–
 - b. Für den Teilabbruch der Wohnsiedlung und den Aufbau des Schulprovisoriums an derselben Stelle Fr. 5 122 000.–

Referat zur Vorstellung der Weisung: Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium

Änderungsantrag zu Dispositivpunkt A

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende Änderung des Dispositivpunkts A:

A. Zuhanden der Stimmberechtigten:

Für die Erweiterung der Schulanlage Luchswiesen werden neue einmalige Ausgaben von ~~Fr. 102 400 000.–~~ Fr. 100 300 000.– bewilligt (Preisstand: 1. April 2023, Zürcher Index der Wohnbaupreise).

Mehrheit: Referat: Dr. Tamara Bosshardt (SP); Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Isabel Garcia (FDP), Christine Huber (GLP), Sabine Koch (FDP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Minderheit: Referat: Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL), Dr. Balz Bürgisser (Grüne)

Abwesend: Yasmine Bourgeois (FDP), Christina Horisberger (SP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt A

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt A.

- Zustimmung: Referat: Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Sophie Blaser (AL), Dr. Tamara Bosshardt (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Isabel Garcia (FDP), Christine Huber (GLP), Sabine Koch (FDP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
- Abwesend: Yasmine Bourgeois (FDP), Christina Horisberger (SP), Stefan Urech (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 2 Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 103 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt B

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt B.

- Zustimmung: Referat: Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Sophie Blaser (AL), Dr. Tamara Bosshardt (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Isabel Garcia (FDP), Christine Huber (GLP), Sabine Koch (FDP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
- Abwesend: Yasmine Bourgeois (FDP), Christina Horisberger (SP), Stefan Urech (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 103 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

A. Zuhanden der Stimmberechtigten:

Für die Erweiterung der Schulanlage Luchswiesen werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 102 400 000.– bewilligt (Preisstand: 1. April 2023, Zürcher Index der Wohnbaupreise).

B. In eigener Befugnis:

Die Dispositivziffern 1 und 2 des Beschlusses Nr. 4310 des Gemeinderats vom 1. September 2021 (GR Nr. 2021/105) werden wie folgt geändert:

1. Für die Durchführung eines Projektwettbewerbs und die Ausarbeitung eines Bauprojekts für den Ersatzneubau der Wohnsiedlung Luchswiese, Quartier Hirzenbach, werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 4 271 000.– bewilligt.
2. Für die Erweiterung der Schulanlage Luchswiesen werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 10 551 000.– (Preisstand: 1. April 2020, Zürcher Index der Wohnbaupreise) wie folgt bewilligt:
 - a. Für die Durchführung eines Projektwettbewerbs und die Ausarbeitung eines Bauprojekts Fr. 5 429 000.–
 - b. Für den Teilabbruch der Wohnsiedlung und den Aufbau des Schulprovisoriums an derselben Stelle Fr. 5 122 000.–

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 19. Juni 2024 gemäss Art. 35 sowie Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 19. August 2024)

3326. 2024/244

Postulat von Dr. Tamara Bosshardt (SP) und Liv Mahrer (SP) vom 29.05.2024: Schulanlage Luchswiesen, Verschiebung der oberirdisch geplanten Parkplätze der Aussenparkierungsanlage in die städtischen Tiefgaragen an den Standorten Schulanlage Stettbach und Schulanlage Hirzenbach

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Tamara Bosshardt (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3263/2024).

Jean-Marc Jung (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Das Postulat wird mit 67 gegen 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3327. 2024/268

Postulat von Urs Riklin (Grüne) und Matthias Probst (Grüne) vom 05.06.2024: Schul- und Sportanlage Luchswiesen, Einrichtung einer attraktiven Veloinfrastruktur

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Urs Riklin (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3303/2024).

Sophie Blaser (AL) stellt namens der AL-Fraktion folgenden Textänderungsantrag und begründet diesen:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie auf der Schul- und Sportanlage Luchswiesen eine attraktive Veloinfrastruktur eingerichtet werden kann. Dazu gehört im Minimum, dass eine ausreichende Anzahl an bequem erreichbaren Veloabstellplätze mit einem Witterungsschutz erstellt werden, damit die Kapazität sowohl fürs Lehr- und Schulpersonal, die Schülerinnen und Schüler ab der Mittelstufe, wie auch für die Angestellten und Besuchenden der Dreifachsporthalle grosszügig bemessen ist. ~~Weitere Massnahmen wie das Aufstellen einer öffentlichen Velopumpe, die Installation eines stufengerechten Pumptracks für Schulkinder und die Installation einer Bikesharing-Station in unmittelbarer Nähe der Schul- und Sportanlage sollen ebenfalls geprüft werden.~~

Urs Riklin (Grüne) ist mit der Textänderung nicht einverstanden.

Das Postulat wird mit 76 gegen 39 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3328. 2024/23**Weisung vom 24.01.2024:**

Immobilien Stadt Zürich und Liegenschaften Stadt Zürich, Liegenschaft Krähbühlstrasse 58, Instandsetzung, Investition ins Finanzvermögen, Umbau für Schule und Musikschule Konservatorium Zürich, Erstellung temporäre Sporthalle auf der Hochschulsportanlage Fluntern, neue einmalige Ausgaben

Antrag des Stadtrats

A. Zuhanden der Stimmberechtigten:

Für den Umbau und die stadtinterne Überlassung der Liegenschaft Krähbühlstrasse 58 für die Schule sowie die Erstellung der temporären Sporthalle an der Zürichbergstrasse werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 22 900 000.– bewilligt (Preisstand: 1. April 2023, Zürcher Index der Wohnbaupreise).

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz:

Für die Instandsetzung der Liegenschaft Krähbühlstrasse 58 wird eine Investition ins Finanzvermögen von Fr. 10 800 000.– bewilligt (Preisstand: 1. April 2023, Zürcher Index der Wohnbaupreise).

Referat zur Vorstellung der Weisung: Sabine Koch (FDP)

Namens des Stadtrats nimmt stellvertretend für den Vorsteher des Hochbaudepartements der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt A

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt A.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Dispositivpunkts A.

Mehrheit:	Referat: Sabine Koch (FDP); Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Dr. Tamara Bosshardt (SP), Isabel Garcia (FDP), Christine Huber (GLP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
Minderheit:	Referat: Dr. Balz Bürgisser (Grüne); Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium
Enthaltung:	Sophie Blaser (AL)
Abwesend:	Yasmine Bourgeois (FDP), Christina Horisberger (SP), Stefan Urech (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 2 Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 29 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt B

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt B.

Zustimmung:	Referat: Sabine Koch (FDP); Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Dr. Tamara Bosshardt (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Isabel Garcia (FDP), Christine Huber (GLP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
Enthaltung:	Sophie Blaser (AL)
Abwesend:	Yasmine Bourgeois (FDP), Christina Horisberger (SP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 103 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

A. Zuhanden der Stimmberechtigten:

Für den Umbau und die stadtinterne Überlassung der Liegenschaft Krähbühlstrasse 58 für die Schule sowie die Erstellung der temporären Sporthalle an der Zürichbergstrasse werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 22 900 000.– bewilligt (Preisstand: 1. April 2023, Zürcher Index der Wohnbaupreise).

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz:

Für die Instandsetzung der Liegenschaft Krähbühlstrasse 58 wird eine Investition ins Finanzvermögen von Fr. 10 800 000.– bewilligt (Preisstand: 1. April 2023, Zürcher Index der Wohnbaupreise).

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 19. Juni 2024 gemäss Art. 35 sowie Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 19. August 2024)

3329. 2023/531

Motion der Grüne-Fraktion vom 15.11.2023:

Liegenschaft an der Krähbühlstrasse 58, Umnutzung als gemeinnützigen Wohnraum

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 2495/2023).

Namens des Stadtrats nimmt stellvertretend für den Vorsteher des Hochbaudepartements der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Maya Kägi Götz (SP) beantragt Umwandlung in ein Postulat und stellt folgenden Textänderungsantrag.

~~Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung vorzulegen – mit dem Ziel, zu prüfen, wie die städtische Liegenschaft an der Krähbühlstrasse 58 baldmöglichst einer Wohnnutzung zugeführt werden kann, sobald die temporäre Schulnutzung (ca. 2034) beendet ist zuzuführen.~~
Es sollen gemeinnützige Wohnungen in Kostenmiete entstehen. Als Alternative ist die Abgabe im Bau-recht an einen gemeinnützigen Wohnbauträger möglich.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) ist mit der Textänderung und der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden.

Das geänderte Postulat GR Nr. 2024/279 (statt Motion GR Nr. 2023/531, Umwandlung) wird mit 84 gegen 31 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3330. 2024/35**Weisung vom 31.01.2024:****Immobilien Stadt Zürich, Dolder Bad, Instandsetzung, neue einmalige Netto-Ausgaben, Abschreibung von Postulaten**

Antrag des Stadtrats

1. Für die Instandsetzung des Dolder-Bads werden neue einmalige Netto-Ausgaben von Fr. 19 962 000.– bewilligt (Preisstand: 1. Oktober 2023, Zürcher Index der Wohnbaupreise).

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Das Postulat GR Nr. 2021/376 von Yasmine Bourgeois (FDP), Sofia Karakostas (SP) und 9 Mitunterzeichnenden vom 22. September 2021 betreffend Wiederinbetriebnahme des Wellenbads im Dolder-Bad, Vereinbarung im Rahmen des Betriebsvertrags mit der Dolder Hotel AG wird als erledigt abgeschrieben.
3. Das Postulat GR Nr. 2021/384 von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Ivo Bieri (SP) vom 29. September 2021 betreffend langfristige Sicherung eines Freibads im Kreis 7 und Sicherung eines Vorkaufsrechts bei der Dolder Hotel AG für die betreffende Liegenschaft wird als erledigt abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Yasmine Bourgeois (FDP)

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende neue Dispositivziffer 2 (Die Nummerierung der Dispositivziffern wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

2. Im Eingangsbereich des Dolder-Bads wird möglichst viel Fläche entsiegelt und ökologisch gestaltet und die Anzahl Autoparkplätze wird zugunsten von Freifläche und einer velofreundlichen Infrastruktur auf ein Minimum reduziert.

Mehrheit: Referat: Sabine Koch (FDP); Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Dr. Tamara Bosshardt (SP), Isabel Garcia (FDP), Liv Mahrer (SP)
 Minderheit: Referat: Dr. Balz Bürgisser (Grüne); Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL), Christine Huber (GLP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
 Abwesend: Yasmine Bourgeois (FDP), Christina Horisberger (SP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Referat: Sabine Koch (FDP); Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL), Dr. Tamara Bosshardt (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Isabel Garcia (FDP), Christine Huber (GLP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
 Abwesend: Yasmine Bourgeois (FDP), Christina Horisberger (SP), Stefan Urech (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Sabine Koch (FDP); Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL), Dr. Tamara Bosshardt (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Isabel Garcia (FDP), Christine Huber (GLP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
 Abwesend: Yasmine Bourgeois (FDP), Christina Horisberger (SP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Referat: Sabine Koch (FDP); Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL), Dr. Tamara Bosshardt (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Isabel Garcia (FDP), Christine Huber (GLP), Liv Mahrer (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
 Abwesend: Yasmine Bourgeois (FDP), Christina Horisberger (SP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 115 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für die Instandsetzung des Dolder-Bads werden neue einmalige Netto-Ausgaben von Fr. 19 962 000.– bewilligt (Preisstand: 1. Oktober 2023, Zürcher Index der Wohnbaupreise).

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Das Postulat GR Nr. 2021/376 von Yasmine Bourgeois (FDP), Sofia Karakostas (SP) und 9 Mitunterzeichnenden vom 22. September 2021 betreffend Wiederinbetriebnahme des Wellenbads im Dolder-Bad, Vereinbarung im Rahmen des Betriebsvertrags mit der Dolder Hotel AG wird als erledigt abgeschlossen.
3. Das Postulat GR Nr. 2021/384 von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Ivo Bieri (SP) vom 29. September 2021 betreffend langfristige Sicherung eines Freibads im Kreis 7 und Sicherung eines Vorkaufsrechts bei der Dolder Hotel AG für die betreffende Liegenschaft wird als erledigt abgeschlossen.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 19. Juni 2024 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 19. August 2024)

3331. 2024/122**Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Christina Horisberger (SP) vom 20.03.2024:
Einrichtung von attraktiven und sicheren Fusswegen von den ÖV-Haltestellen zum Dolder-Bad**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2998/2024).

Samuel Balsiger (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 3. April 2024 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 93 gegen 12 Stimmen (bei 8 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3332. 2024/124**Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) vom 20.03.2024:
Förderung der Fahrradnutzung für die Anreise zum Dolder-Bad**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3000/2024).

Samuel Balsiger (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 3. April 2024 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 85 gegen 20 Stimmen (bei 8 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3333. 2024/36**Weisung vom 31.01.2024:
Immobilien Stadt Zürich, Neubau Schulanlage Tüffenwies, neue einmalige Ausgaben**

Antrag des Stadtrats

Zuhanden der Stimmberechtigten:

Für den Neubau der Schulanlage Tüffenwies werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 111 000 000.– bewilligt (Preisstand: 1. April 2023, Zürcher Index der Wohnbaupreise).

Referat zur Vorstellung der Weisung: Liv Mahrer (SP)

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende neue Dispositivziffer 2 (Der Antrag des Stadtrats wird zu Dispositivziffer 1):

2. Auf eine Tiefgarage wird verzichtet. Auf dem Schulareal wird lediglich ein Minimum an Autoparkplätzen für mobilitätsbeeinträchtigte Personen und für die Anlieferung eingerichtet. Die restlichen gemäss Parkplatzverordnung erforderlichen Pflichtparkplätze werden entlang des Grünaurings beim Schulhaus Grünau nachgewiesen.

Mehrheit: Referat: Liv Mahrer (SP); Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Dr. Tamara Bosshardt (SP), Isabel Garcia (FDP), Christine Huber (GLP), Sabine Koch (FDP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
 Minderheit: Referat: Dr. Balz Bürgisser (Grüne); Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL)
 Abwesend: Yasmine Bourgeois (FDP), Christina Horisberger (SP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Referat: Liv Mahrer (SP); Maya Kägi Götz (SP), Präsidium; Urs Riklin (Grüne), Vizepräsidium; Sophie Blaser (AL), Dr. Tamara Bosshardt (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Isabel Garcia (FDP), Christine Huber (GLP), Sabine Koch (FDP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
 Abwesend: Yasmine Bourgeois (FDP), Christina Horisberger (SP), Stefan Urech (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 2 Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 100 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Zuhanden der Stimmberechtigten:

Für den Neubau der Schulanlage Tüffenwies werden neue einmalige Ausgaben von Fr. 111 000 000.– bewilligt (Preisstand: 1. April 2023, Zürcher Index der Wohnbaupreise).

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 19. Juni 2024 gemäss Art. 35 der Gemeindeordnung

3334. 2024/158
Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Urs Riklin (Grüne) vom 10.04.2024:
Schulanlage Tüffenwies, Ausrüstung der Veloabstellplätze mit einem Witterungs-
schutz

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3084/2024).

Jean-Marc Jung (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 22. Mai 2024 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 71 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3335. 2024/183
Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Sophie Blaser (AL) vom 17.04.2024:
Schaffung einer Bibliothek/Mediothek in der Schule Tüffenwies

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3120/2024).

Jean-Marc Jung (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 22. Mai 2024 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 92 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3336. 2024/241
Postulat von Liv Mahrer (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Christine Huber (GLP)
und 5 Mitunterzeichnenden vom 29.05.2024:
Schulanlage Tüffenwies, Bau der Rampen mit einer Steigung von maximal
4 Prozent

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Liv Mahrer (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3260/2024).

Jean-Marc Jung (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Das Postulat wird mit 97 gegen 10 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3337. 2024/243

Postulat von Liv Mahrer (SP) und Dr. Tamara Bosshardt (SP) vom 29.05.2024: Schulanlage Tüffenwies, Verschiebung der 13 oberirdisch geplanten Parkplätze der Aussenparkierungsanlage auf dem Basketballfeld/Pausenplatz auf die von der IMMO bewirtschafteten Aussenparkplätze am Grünauring

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Liv Mahrer (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3262/2024).

Jean-Marc Jung (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Das Postulat wird mit 74 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3338. 2023/502

Weisung vom 01.11.2023:

Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion betreffend Ergänzungsbericht für den Perimeter Ueberlandpark betreffend die sozialräumliche Entwicklung des Gebiets, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

1. Von der Publikation «Analyse der sozialräumlichen Entwicklung im Zuge der Einhausung Schwamendingen (Ergänzungsbericht Ueberlandpark)» vom Oktober 2023 gemäss Beilage wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktionen betreffend Ergänzungsbericht für den Perimeter Ueberlandpark betreffend die sozialräumliche Entwicklung des Gebiets (GR Nr. 2020/274 vom 24. Juni 2020) wird als erledigt abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung: Snezana Blickenstorfer (GLP)

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Sven Sobernheim (GLP) i. V. von Snezana Blickenstorfer (GLP), Referat; Brigitte Fürer (Grüne), Präsidium; Dr. Mathias Egloff (SP), Vizepräsidium; Reto Brüesch (SVP), Nicolas Cavalli (GLP), Marco Denoth (SP), Angelica Eichenberger (SP), Karen Hug (AL), Jean-Marc Jung (SVP), Claudia Rabelbauer (EVP), Jürg Rauser (Grüne)
 Minderheit: Deborah Wettstein (FDP) i. V. von Flurin Capaul (FDP), Referat; Roger Suter (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 111 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Sven Sobernheim (GLP) i. V. von Snezana Blickenstorfer (GLP), Referat; Brigitte Fürer (Grüne), Präsidium; Dr. Mathias Egloff (SP), Vizepräsidium; Reto Brüesch (SVP), Nicolas Cavalli (GLP), Marco Denoth (SP), Angelica Eichenberger (SP), Karen Hug (AL), Jean-Marc Jung (SVP), Claudia Rabelbauer (EVP), Jürg Rauser (Grüne), Roger Suter (FDP), Deborah Wettstein (FDP) i. V. von Flurin Capaul (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 111 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Von der Publikation «Analyse der sozialräumlichen Entwicklung im Zuge der Einhausung Schwamendingen (Ergänzungsbericht Ueberlandpark)» vom Oktober 2023 gemäss Beilage wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktionen betreffend Ergänzungsbericht für den Perimeter Ueberlandpark betreffend die sozialräumliche Entwicklung des Gebiets (GR Nr. 2020/274 vom 24. Juni 2020) wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 19. Juni 2024

3339. 2024/214

**Dringliches Postulat von Liv Mahrer (SP), Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 15.05.2024:
 Massnahmen zur Unterstützung der Diversität und Vielfalt der Buchhandlungen in der Stadt Zürich**

Ausstand: Sabine Koch (FDP)

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3160/2024).

Yasmine Bourgeois (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 29. Mai 2024 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Das Dringliche Postulat wird mit 77 gegen 28 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3340. 2024/212

**Dringliches Postulat der SP- und GLP-Fraktion vom 15.05.2024:
Durchführung des Eurovision Song Contest (ESC) 2025 in Zürich**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marco Denoth (SP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3158/2024).

Sebastian Zopfi (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 29. Mai 2024 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Dringliche Postulat wird mit 64 gegen 14 Stimmen (bei 26 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3341. 2024/213

**Dringliches Postulat der FDP- und Die Mitte/EVP-Fraktion vom 15.05.2024:
Durchführung des Eurovision Song Contest (ESC) 2025 in Zürich in Zusammen-
arbeit mit privaten Partnern**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Michael Schmid (FDP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3159/2024).

Sebastian Zopfi (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 29. Mai 2024 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Das Dringliche Postulat wird mit 38 gegen 28 Stimmen (bei 37 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3342. 2024/280

Postulat der Grüne- und SP-Fraktion vom 12.06.2024: Entsiegelung der Fläche im Eingangsbereich zum Dolder-Bad und Beschränkung der Autoparkplätze auf ein Minimum

Von der Grüne- und SP-Fraktion ist am 12. Juni 2024 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie möglichst viel Fläche im Eingangsbereich zum Dolder-Bad entsiegelt und ökologisch gestaltet werden kann. Die Anzahl Autoparkplätze im Eingangsbereich soll auf ein Minimum beschränkt werden – zugunsten von Freifläche und einer velofreundlichen Infrastruktur.

Begründung:

Der Eingangsbereich zum Dolder-Bad reicht von der Adlisbergstrasse bis zum Eingang. Der Bereich ist grösstenteils versiegelt. Er soll im Sinne von Art. 14 der Gemeindeordnung entsiegelt und ökologisch gestaltet werden.

Der Eingangsbereich dient heute hauptsächlich als Parkplatz für etwa 20 Autos. Die Autos gefährden beim Zu- und Wegfahren Familien, die mit ihren Kindern zum Eingang des Bads gehen. Daher sollen diese Autoparkplätze verlagert werden. Die Anzahl Autoparkplätze im Eingangsbereich soll auf ganz wenige reduziert werden, die für mobilitätsbeeinträchtigte Personen und für die Anlieferung zur Verfügung stehen. Attraktive Veloabstellplätze, auch für E-Bikes und Veloanhänger, sollen im Eingangsbereich eingerichtet werden.

Mitteilung an den Stadtrat

3343. 2024/281

Postulat von Hannah Locher (SP), Anna-Béatrice Schmalz (Grüne) und Ronny Siev (GLP) vom 12.06.2024: Unterstützung alleinerziehender oder getrenntlebender Eltern

Von Hannah Locher (SP), Anna-Béatrice Schmalz (Grüne) und Ronny Siev (GLP) ist am 12. Juni 2024 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, welche zusätzlichen Massnahmen ergriffen werden können, um alleinerziehende oder getrenntlebende Eltern zu unterstützen und zu einer Entstigmatisierung dieser Lebensformen beizutragen. Unter anderem sollen öffentlichkeitswirksame Sensibilisierungsmassnahmen ergriffen werden, um auf das Thema hinzuweisen und um Betroffenen mögliche Unterstützungsangebote näherzubringen.

Begründung:

Jedes sechste Kind in Zürich lebt in einem Einelternhaushalt und jedes Jahr kommen aufgrund von Trennungen rund 450 Einelternhaushalte dazu.

Gerade alleinerziehende Elternteile haben mit einer Vielzahl an Herausforderungen zu kämpfen: Die alleinige Verantwortung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das Risiko sozialer Isolation und emotionaler Belastung sowie häufig finanzielle Engpässe und die Gefahr der Armut sind Beispiele dafür.

Viele getrenntlebende oder alleinerziehende Eltern erleben soziale Isolation aufgrund zeitlicher Einschränkungen für soziale Kontakte. Die finanzielle Mehrbelastung erschwert es, angemessene Wohn- und Betreuungsmodelle zu finden. Zusätzlich zu finanziellen Belastungen und dem Druck, dem idealen Elternbild nicht zu entsprechen, stehen sie oft vor der Herausforderung, bei Krankheit der Kinder ohne Unterstützung auskommen zu müssen, was zu Arbeitsausfällen führen kann.

Diese Vielzahl an Belastungen macht die Situation für getrenntlebende oder alleinerziehende Eltern schwer bewältigbar. Für sie ist es wichtig, dass sie die Unterstützungsangebote der Stadt Zürich kennen und Hürden abgebaut werden, damit sie diese nutzen. Durch gezielte Information und Aufklärung kann Alleinerziehenden der Zugang zu bestehenden Unterstützungsangeboten erheblich erleichtert werden.

Öffentlichkeitswirksame Sensibilisierungsmassnahmen, die Einelternfamilien und ihre Herausforderungen sichtbar machen, können helfen, gesellschaftliche Vorurteile abzubauen und die Unterstützung zu fördern. Zum Beispiel können die Herausforderungen beleuchtet werden mit denen alleinerziehende oder getrenntlebende Eltern konfrontiert sind und damit verbunden die Notwendigkeit einer angemessenen Unterstützung (durch Politik, Arbeitgebende, die Gesellschaft) sichtbar machen.

Vorurteile und Stigmata gegenüber alleinerziehenden oder getrenntlebenden Eltern können thematisiert oder unterschiedliche Familienformen angesprochen werden. Sensibilisierungsmassnahmen können dazu beitragen eine unterstützende Umgebung zu schaffen und eine inklusive Gesellschaft zu fördern.

Da Kinder in Einelternfamilien oftmals spezifische Bedürfnisse haben und mit Herausforderungen kämpfen, kann eine öffentliche Kommunikation zudem darauf hinweisen, wie wichtig es ist, diese Bedürfnisse zu verstehen und sicherzustellen, dass Kinder aus Einelternfamilien die Unterstützung erhalten, die sie benötigen, um gesund aufzuwachsen.

Mitteilung an den Stadtrat

3344. 2024/282

Postulat von Sven Sobernheim (GLP), Heidi Egger (SP) und 4 Mitunterzeichnenden vom 12.06.2024:

Realisierung des Radwegs entlang der Winterthurer- und Dübendorfstrasse gemäss regionalem Richtplan

Von Sven Sobernheim (GLP), Heidi Egger (SP) und 4 Mitunterzeichnenden ist am 12. Juni 2024 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der gemäss regionalem Richtplan geplanter Radweg entlang der Winterthurer- und Dübendorfstrasse mindestens zwischen Schwamendingerplatz und Roswiesenstrasse realisiert werden kann.

Begründung:

Die Velovorzugsrouten sollen für alle zwischen 8 und 88 Jahren benutzbar sein. Dies führt in Schwamendingen dazu, dass für die Benutzung der Vorzugsroute zweimal die Hauptstrasse gequert werden muss und ein grosser und unattraktiver Umweg geschaffen wird. Für die Sicherheit aller ist diese Umsetzung zu begrüssen.

Die Attraktivität des Velos lebt aber auch davon, dass das Velo fahren direkt möglich ist. Mit der Realisierung eines kleinen Abschnitts der regionalen Radroute kann die Attraktivität fürs Velo in Schwamendingen deutlich gesteigert werden und erreicht werden, dass auch ein sicheres und direktes fahren für geübte Velofahrende möglich bleibt.

Mitteilung an den Stadtrat

3345. 2024/283

Postulat von Liv Mahrer (SP) und Dr. Tamara Bosshardt (SP) vom 12.06.2024:
Schulschwimmanlage Wasserwerkstrasse, Nutzung durch die Bevölkerung

Von Liv Mahrer (SP) und Dr. Tamara Bosshardt (SP) ist am 12. Juni 2024 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in der zukünftigen Schulschwimmanlage Wasserwerkstrasse, während den Zeiten, in welchen kein Schulschwimmen angeboten wird, die Schwimmanlage neben Vereinen auch der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden kann.

Begründung:

Die Örtlichkeit an der Limmat ist für unsere Stadt äusserst attraktiv und sollte, wenn immer möglich, der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Wir respektieren den Bedarf nach Schulschwimmanlagen und möchten diesem nicht im Weg stehen. Trotzdem bedauern wir es sehr, dass an dieser Lage nicht etwas grösser und langfristiger gedacht wurde. Die öffentliche oder vereinsmässige Nutzung von Schulschwimmanlagen aus-

serhalb der Schulzeiten wird in einigen Schulschwimmanlagen der Stadt Zürich bereits erfolgreich praktiziert. Was andernorts funktioniert, soll auch bei der neuen Schulschwimmanlage Wasserwerkstrasse geprüft werden. Mit einer erweiterten Nutzung lohnt sich der Einbau doppelt.

Mitteilung an den Stadtrat

Die vier Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

3346. 2024/284

Schriftliche Anfrage von Flurin Capaul (FDP) und Benedikt Gerth (Die Mitte) vom 12.06.2024:

Bedingungen für Beiträge an Vereine und Organisationen, Auflistung der Organisationen mit wiederkehrenden Beiträgen, Angaben zur Führung und zu den möglichen Subventionsvereinbarungen, Vorgaben an die Statuten, die Bargeld-Bestände, die Revisionen und zur Veröffentlichung der Rechnungen, Jahres- und Revisionsberichte

Von Flurin Capaul (FDP) und Benedikt Gerth (Die Mitte) ist am 12. Juni 2024 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In einem Artikel der NZZ vom 25.05.2024 mit dem Thema «Die Stadt Zürich will den Quartiervereinen nur noch 500 Franken Bargeld in der Festkasse erlauben – damit kann man nicht einmal einen Wurststand betreiben» wurde über neue Regulierungen berichtet.

Bereits vor diesem Artikel kamen immer wieder Diskussionen auf, welche Vereine und Organisationen von der Stadt Geld erhalten und an welche Bedingungen diese Auszahlungen geknüpft sind.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

Wir bitten um eine tabellarische Zusammenfassung der Antworten, nach Organisationen sortiert.

1. Wie viele Organisationen erhalten wiederkehrende Beiträge von der Stadt Zürich und wie hoch sind diese?
2. Welche Form weisen die jeweiligen Organisationen aus (Verein, AG, GmbH,...)?
3. Welche dieser Organisationen sind ehrenamtlich geführt (keine Entschädigungen für Leitungsgremien)?
4. Welche dieser Organisationen wurden verpflichtet eine Subventionsvereinbarung zu unterschreiben? Bitte um Aufführung der Regelungen auf städtischer oder kantonaler Ebene die diese Vereinbarungen verlangen. Hat sich in den letzten 4 Jahren diese Rechtsgrundlage verändert?
5. Bitte um Angabe, ob der Stadtrat Vorgaben an die jeweiligen Statuten der betroffenen Organisationen macht und falls ja, welche?
6. Bitte um Angabe, ob der Stadtrat Vorgaben zu Bargeldbeständen der jeweiligen Organisation erlässt und falls ja, welche?
7. Bitte um Angabe, ob der Stadtrat Vorgaben zum Umgang mit Bankkonten und / oder Geldkarten der jeweiligen Organisation erlässt und falls ja, welche?
8. Bitte um Angabe, ob der Stadtrat Vorgaben zur Art der Revision der jeweiligen Organisation macht und falls ja, welche?
9. Bitte um Angabe, ob der Stadtrat vorgibt Rechnung, Jahres- und Revisionsbericht zu veröffentlichen oder nicht?

Mitteilung an den Stadtrat

3347. 2024/285**Schriftliche Anfrage von Thomas Hofstetter (FDP), Andreas Egli (FDP) und Martina Zürcher (FDP) vom 12.06.2024:****Personalsituation bei der Stadtpolizei, Angaben zur Fluktuation in den Abteilungen, zur Rekrutierung im Jahr 2023, Entwicklung der medizinisch begründeten Absenzen, Resonanz zum neuen Schichtmodell und Weiterführung des Pilotversuchs sowie Entwicklung der Anzahl Überstunden für Sondereinsätze**

Von Thomas Hofstetter (FDP), Andreas Egli (FDP) und Martina Zürcher (FDP) ist am 12. Juni 2024 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In der Antwort zur Interpellation 2023/126 zeigte der Stadtrat auf, dass die Personalsituation bei der Stadtpolizei Zürich weiterhin angespannt ist. Die Zahlen von 2018 bis 2022 zeigten zudem, dass eine stetige Zunahme von Abgängen namentlich in der Sicherheitsabteilung zu verzeichnen ist. Im Jahr 2022 stiegen zudem die Krankheitsabsenzen stark an. Der Stadtrat startete im Januar 2024 im Rahmen des Projektes «Optima» einen Pilotversuch mit einem neuen Schichtmodell. Das neue Modell soll eine Entlastung der Polizistinnen und Polizisten an der Front mit sich bringen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie gestaltet sich die Fluktuation bei den Korpsangehörigen der Stadtpolizei Zürich im Jahr 2023 und im ersten Halbjahr 2024 in den verschiedenen Abteilungen, namentlich der Sicherheitsabteilung, und welches Dienstalter hatten die abgehenden Korpsangehörigen?
2. Wohin wechselte das ausscheidende Personal (anderes Polizeikorps, Privatwirtschaft, Pensionierung, unbekannt)? Der Stadtrat wird gebeten, die Zahlen für jede einzelne Abteilung (Einsatzabteilung, Kriminalabteilung, Sicherheitsabteilung und Spezialabteilung) aufzuschlüsseln.
3. Wie rekrutierte die Stadtpolizei im Jahr 2023 ihre Korpsangehörigen (Polizeischule/andere Korps)?
4. Wie entwickelten sich die Anzahl medizinisch begründeter Absenzen im Jahr 2023 im Durchschnitt bei den Polizistinnen und Polizisten sowie bei den übrigen Mitarbeitenden?
 - a. Wie entwickelten sich die Anzahl Krankheitstage in den einzelnen Abteilungen der Stadtpolizei Zürich?
 - b. Wie beurteilt der Stadtrat den Zusammenhang zwischen der Anzahl der Krankheitstage sowie den fehlenden personellen Ressourcen namentlich in der Sicherheitsabteilung?
 - c. Hat der Stadtrat weitere Massnahmen, neben der Aufstockung der personellen Ressourcen sowie dem neuen Schichtmodell, geplant oder bereits implementiert?
5. Wie wurde das neue Schichtmodell im Rahmen des Projektes «Optima» von den Polizistinnen/Polizisten aufgenommen?
6. Gibt es bereits erste Ergebnisse aus dem Pilotversuch mit dem neuen Schichtmodell und wenn ja, welche sind das?
7. Bis wann wird der Stadtrat den Pilotversuch fortführen und wann ist gegebenenfalls eine Überführung in den Regelbetrieb vorgesehen?
8. Wie entwickelten sich die Anzahl Überstunden für Sondereinsätze wie Demonstrationen, Fussballspiele, etc. über die letzten 3-Jahren?

Mitteilung an den Stadtrat

3348. 2024/286**Schriftliche Anfrage von Përparim Avdili (FDP) und Andreas Egli (FDP) vom 12.06.2024:****Critical Mass mit behördlicher Bewilligung, Angaben zur Bewilligung und den konkreten Bedingungen, mögliche Anpassungen, Einschränkungen und Wartezeiten für den Verkehr, Beurteilung der Routenwahl und ähnliche Privilegien für andere Organisierende sowie Sicherstellung der Bedürfnisse der Nutzenden des öffentlichen Raums**

Von Përparim Avdili (FDP) und Andreas Egli (FDP) ist am 12. Juni 2024 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 26. April 2024 fand im Sinne eines Pilots das erste Mal eine Critical Mass mit behördlicher Bewilligung statt. Dabei wurde den Organisatoren eine spontane Routenwahl mit gewissen Einschränkungen zugesagt. Eine feste Routenwahl wurde aber nicht gefordert. Gleich wiederholte sich am 31. Mai 2024, wobei die Organisatoren eine andere Route auswählten. Dort fiel insbesondere auf, dass der Umzug nicht weiter als Verkehr verstanden wird, sondern als eine Art Street-Parade oder Pride in kleiner und unkoordinierter Form. Bekannt ist auch, dass ein DJ aus England extra dafür eingeflogen wurde.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Art Veranstaltung wurde genau bewilligt? Welche konkreten Bedingungen wurden den Organisatoren gegenüber im Rahmen der Bewilligungserteilung gestellt? Wie wird die Einhaltung dessen sichergestellt und welche Sanktionsmöglichkeiten stehen im Raum, sollten diese nicht erfüllt werden?
2. Plant der Stadtrat für die weiteren Critical Mass die gleiche Bewilligung zu erteilen?
3. Falls nein, was für Anpassungen sind vorgesehen und wie werden diese begründet?
4. Was für Auswirkungen bezüglich Einschränkungen und Wartezeiten hatte die Critical Mass auf den öV und den MIV im Vergleich zu früheren, unbewilligten Demos?
5. Wie beurteilt die VBZ die spontane Routenwahl hinsichtlich Beschränkungen auf den ÖV?
6. Können negative Auswirkungen auf den öV und MIV mit einer festgelegten Routenwahl nicht gelindert werden? Falls nein, warum nicht?
7. Gab es im Rahmen der beiden bisherigen Umzüge Verzeigungen und wenn ja, wie viele und in welcher Form?
8. Welche anderen Organisatoren von Demos/Umzügen profitieren von ähnlichen Privilegien (+/- freie Wahl von Standort und Route) bei der Bewilligungserteilung?
9. Dürfen andere Demonstrationsorganisatoren inskünftig ihre Route für ihren Umzug oder ihren Standort selbst auswählen? Wenn nein, warum nicht?
10. Wie stellt der Stadtrat im Rahmen der "Bewilligung" an die Critical Mass die Koordination der Bedürfnisse der Nutzenden des öffentlichen Raums sicher (als eigentlicher Inhalt und Grund für die Bewilligungspflicht)?

Mitteilung an den Stadtrat

3349. 2024/287

Schriftliche Anfrage von Dr. Roland Hohmann (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 12.06.2024:

Velovorzugsroute Altstetten – Kreis 4, Einschätzung des hohen Verkehrsaufkommens auf der Bullingerstrasse und mögliche Massnahmen sowie Beachtung des Einbahnverkehrs zwischen der Hard- und Herdernstrasse und mögliche Massnahmen zur Durchsetzung

Von Dr. Roland Hohmann (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) ist am 12. Juni 2024 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 9. März 2023 wurde die Velovorzugsroute (VVR) «Altstetten – Kreis 4» eingeweiht. Auf der VVR profitieren Velofahrerinnen und Velofahrer von breiten Velostreifen, Vortrittsberechtigung und Tempo 30. Um den Durchgangsverkehr zu unterbinden, wurde auf der Basler- und Bullingerstrasse abschnittsweise Einbahnverkehr für den motorisierten Individualverkehr (MIV) eingeführt.

Als problematisch erleben wir die Umsetzung der VVR zwischen Hard- und Herdernstrasse. Stadteinwärts staut sich hier der MIV an manchen Samstag Nachmittagen und in Stosszeiten bis zur VBZ Busgarage Hardau und ist die VVR für Velofahrerinnen und Velofahrer nicht als solche nutzbar.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat der Stadtrat Kenntnis von dem teilweise hohen MIV-Aufkommen auf besagtem VVR-Abschnitt auf der Bullingerstrasse?
2. Gibt es auf anderen VVR ähnliche Probleme?

3. Sind Massnahmen geplant, um den MIV auf besagtem Abschnitt auf der Bullingerstrasse zu reduzieren und so zu gewährleisten, dass Velofahrerinnen und Velofahrer auf der VVR nicht an den rechten, grün markierten Strassenrand gedrängt werden?
4. Zieht der Stadtrat bauliche Massnahmen in Betracht, wie beispielsweise Horizontalversätze, um es den Velofahrerinnen und Velofahrern zu ermöglichen, legal rechts an der stehenden Autokolonnen vorbeizufahren?

Stadtauswärts ist die Bullingerstrasse zwischen Hard- und Herdernstrasse für den MIV gesperrt. Das Einbahnregime wird jedoch oft missachtet. Gründe dafür könnten die verwirrende Signalisation an der Ecke Hardstrasse-Bullingerstrasse (Einbahnschild gefolgt von Tempo 30 Schild) und die fehlenden Signalisationen bei den Einfahrten Hardstrasse 69+81, Bullingerstrasse 41-67, der Shell Tankstelle, der Ausfahrt Parkhaus Hardau II und der Norastrasse sein.

5. Von wo bis wo gilt das Einbahnregime auf der Bullingerstrasse von der Hardstrasse stadtauswärts?
6. Ist sich der Stadtrat bewusst, dass der Einbahnverkehr zwischen Hardstrasse und Herdernstrasse nur ungenügend beachtet wird?
7. Sind Massnahmen geplant, um das Einbahnregime auf der Bullingerstrasse zwischen Hard- und Herdernstrasse durchzusetzen?

Mitteilung an den Stadtrat

3350. 2024/288

Schriftliche Anfrage von Derek Richter (SVP), Stephan Iten (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 12.06.2024:

Blockierung ausländischer Fahrzeuge mit einer Wegfahrsperrre, gesetzliche Grundlagen, betroffene Fahrzeuge mit Schweizer Immatrikulation, Bemessung des Geldbetrags für die Fahrzeuge, Angaben zur Fahrzeugliste und zu den Identifikationsmerkmalen sowie Absprache der Praxis mit der Datenschutzstelle

Von Derek Richter (SVP), Stephan Iten (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) ist am 12. Juni 2024 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Laut Medienberichten werden ausländische Fahrzeuge mit einer Wegfahrsperrre blockiert, wenn diese ab einem «gewissen Geldbetrag» auf eine Liste gesetzt werden und die Identität nicht ermittelt werden kann.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Auf welcher gesetzlichen Basis werden Fahrzeuge durch die Stadtpolizei blockiert und innert welcher Frist werden diese abgeschleppt? Wer legt diese Frist fest?
2. Sind auch Fahrzeuge mit Schweizer Immatrikulation von dieser Massnahme betroffen?
3. Auf welcher gesetzlichen Basis werden Fahrzeuge, bei welchem der Halter nicht ermittelt werden kann, durch die Stadtpolizei abgeschleppt?
4. Auf welcher gesetzlichen Basis wird eine Liste mit Fahrzeugen erstellt? Wer hat diese wann eingeführt und welche Stellen verwalten diese beziehungsweise haben Zugriff darauf?
5. Wie hoch ist der oben bezeichnete «gewisse Geldbetrag» und wer legt diesen fest?
6. Wie viel Fahrzeuge und welche Art davon befinden sich momentan auf dieser Liste?
7. Aus welchen Ländern kamen und/oder kommen diese Fahrzeuge? Wir bitten um eine tabellarische Aufstellung über die letzten fünf Jahre.
8. Welche Identifikationsmerkmale der Fahrzeuge werden auf besagter Liste eingetragen?
9. Über welchen Zeitraum kann sich ein Fahrzeug längstens auf dieser Liste befinden? Wir bitten um eine tabellarische Aufstellung unterteilt in Jahreszahlen.
10. Welche Beträge wurden durch diese Massnahme in den letzten fünf Jahren eingenommen? Wir bitten um eine tabellarische Aufstellung pro Jahr.
11. Wurde diese Praxis mit dem Datenschutz abgesprochen? Falls nein, weshalb nicht? Wir bitten den Datenschutz der Stadt Zürich um eine Stellungnahme bezüglich dieser Praxis.

Mitteilung an den Stadtrat

3351. 2024/289

Schriftliche Anfrage von Reto Brüesch (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 12.06.2024:

Baufällige Scheune im Weiler Köschenrüti (Seebach), Auswirkungen der Aufnahme in das kommunale Inventar der Denkmalpflege und in das ISOS-Verzeichnis, Zustand der Scheune und bauliche Massnahmen seit dem Kauf sowie Überlegungen für eine Nutzung als Garage oder Begegnungsort

Von Reto Brüesch (SVP) und Stephan Iten (SVP) ist am 12. Juni 2024 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Der alte Weiler Köschenrüti in Zürich Seebach hat sich sehr verändert. Die Verdichtung macht an dem nördlichen Stadtrand nicht halt. Einige Gebäude wurden saniert und viele wurden neu erstellt. Nur eine baufällige Scheue (Käshaldenstrasse 24), welche seit dem Jahr 2011 im Besitz der Stadt Zürich ist, trotz der Entwicklung und verkommt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Die Stadtverwaltung hat die Scheune im kommunalen Inventar Denkmalpflege aufgenommen. Was bedeutet dies für die Zukunft des Gebäudes?
2. Das Gebäude ist zudem im ISOS-Verzeichnis aufgeführt. Was bedeutet dies für die Zukunft des Gebäudes?
3. Wie ist der Zustand der Scheune, welches mit massiven Verstrebungen zurzeit zusammengehalten wird?
4. Was hat die Stadt Zürich für baulichen Massnahmen seit dem Kauf ausgegeben und sind diese jeweils gemäss Denkmalpflege ausgeführt worden? Falls nicht, weshalb wurde dies so ausgeführt?
5. Könnte eine Privatperson bauliche Massnahmen in einem ähnlichen Umfang tätigen, wie dies die Stadtverwaltung vorgenommen hat?
6. Was für Überlegungen hat die Verwaltung in nächster Zeit geplant, um für die baufällige Scheue eine Lösung für das Quartier zu finden?
7. Anfang der 60er-Jahren wurde die Scheune als Garage für Landwirtschaftsmaschinen und Lastwagen genutzt und dafür grosse Tore eingebaut. Wäre eine solche Nutzung auch wieder möglich?
8. Gäbe es eine Möglichkeit, am heutigen Standort der Scheue einen Begegnungsort für das Quartier und die angrenzende Alterssiedlung zu planen?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

3352. 2024/194

Wahl eines Mitglieds in die SK FD nach Rücktritt von Martin Götzl (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2024–2026

Es wird gewählt (Beschluss der Geschäftsleitung vom 10. Juni 2024):

Samuel Balsiger (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und an das gewählte Kommissionsmitglied

3353. 2024/274

Schriftliche Anfrage von Reto Brüesch (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 05.06.2024:

Baufällige Scheune im Weiler Köschenrüti (Seebach), Auswirkungen der Aufnahme in das kommunale Inventar der Denkmalpflege und in das ISOS-Verzeichnis, Zustand der Scheune, bauliche Massnahmen seit dem Kauf, Überlegungen für eine Nutzung als Garage oder Begegnungsort sowie weitere geschützte oder inventarisierte Gebäude, die nicht oder nur teilweise genutzt werden

Reto Brüesch (SVP) zieht die Schriftliche Anfrage zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

3354. 2024/233

Schriftliche Anfrage von Martin Busekros (Grüne) vom 22.05.2024:

Einführung von Tempo 30 auf der Buchegg-/Rosengartenstrasse, Hintergründe zum Vorgehen betreffend eine Stellungnahme der Kantonspolizei, Gründe für die Nicht-Umsetzung der Temporeduktion und mögliche weitere Rekurse bis zum Abschluss des Verfahrens sowie Auswirkungen des Streichungsentscheids des Nationalstrassen-Ypsilon auf die Kapazitätsanforderungen

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1641 vom 5. Juni 2024).

3355. 2023/201

Weisung vom 19.04.2023:

Gesundheits- und Umweltdepartement, Volksinitiative «Mehr Alterswohnungen für Zürich (Plus 2000)», Zustimmung

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 09.06.2024 über folgende Vorlage entschieden:

Plus 2000 Alterswohnungen bis 2035, Änderung der Gemeindeordnung

100 260 Ja 9 939 Nein

3356. 2023/387

Weisung vom 23.08.2023:

Immobilien Stadt Zürich, Erweiterung, Umbau und Instandhaltung der Wache Süd von Schutz & Rettung, neue einmalige Ausgaben

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 09.06.2024 über folgende Vorlage entschieden:

Umbau und Erweiterung Wache Süd, Ausgaben von 69,75 Millionen Franken

95 001 Ja 11 713 Nein

3357. 2023/526

Weisung vom 15.11.2023:

Elektrizitätswerk, Bau von Anlagen des Geschäftsfelds Energielösungen des Elektrizitätswerks, Rahmenkredit von 200 Millionen Franken

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 09.06.2024 über folgende Vorlage entschieden:

Rahmenkredit von 200 Millionen Franken für Energielösungen des ewz

97 579 Ja 11 529 Nein

Nächste Sitzung: 19. Juni 2024, 17.00 Uhr